

Alte Böcke als Neue Gärtner

Anmerkungen zum Weltagrarbericht 2008

Maria Mies

2008 wurde der neue Weltagrarbericht vorgelegt. Ehe ich zu diesem Bericht Stellung nehme, möchte ich an den Welternährungsgipfel (WEG) erinnern, der im November 1996 in Rom bei der FAO stattfand. Damals hatten wir Frauen des internationalen Frauennetzes DIVERSE WOMEN FOR DIVERSITY (DWD) gegen die neue, neoliberale Agrarpolitik der FAO protestiert. 500 Frauen aus der ganzen Welt waren zu unserer Veranstaltung gekommen. Zur Vorbereitung für diese Veranstaltung verfasste ich eine Broschüre unter dem Titel:

Frauen, Nahrung und globaler Handel 1) Der Welternährungsgipfel (WEG) vom 13. – 17. November 1996 in Rom

Die Verfasser des neuen Agrarberichtes von 2008 (WAB) haben offensichtlich ein kurzes Gedächtnis. Zur Erinnerung an unseren Protest gegen den WEG in Rom möchte ich hier einige Passagen aus meiner damaligen Broschüre in Erinnerung bringen. Unsere Kritik wurde natürlich ignoriert. Denn wer hört/e schon auf Frauen?

Der Welternährungsgipfel hatte das Ziel, den chronischen Hunger und die Unterernährung in der Welt bis 2015 zu beseitigen. Bis dahin sollte Ernährungssicherheit für alle Menschen erreicht sein.

Als Minimum für Ernährungssicherheit wurden mindestens 2700 Kalorien pro Person pro Tag angegeben. Bei einer solchen Definition von „Ernährungssicherheit“ tauchten sofort einige Zweifel auf, die bei genauerer Durchsicht der Vorbereitungspapiere der FAO für den WEG verschärft werden. Hier einige dieser Fragen, die sich mir damals stellten:

- Ist Nahrungssicherheit nur eine Frage der Kalorienmenge, die eine Person pro Tag zu sich nimmt? Müsste nicht auch an die Gesundheit der Nahrung, an die Frage der ökologischen, sozialen, ökonomischen, kulturellen Wirkungen bei ihrer Produktion, Verarbeitung und Verteilung gedacht werden? Müsste man nicht auch da von Unterernährung reden, wo Kinder und Jugendliche hauptsächlich mit „junk-food“ und Coca-Cola ernährt werden? Dann wäre Nahrungsunsicherheit nicht nur eine Frage von Armut im Süden, sondern wäre auch in den Ländern des Nordens, inmitten übervoller Supermärkte anzutreffen. Brauchen wir nicht auch eine **qualitative** Bestimmung von Nahrungssicherheit?
- In den FAO-Vorbereitungspapieren wird zwar der Unterschied in den zur Verfügung stehenden Kalorienmengen im Norden und Süden angegeben, es wird aber nirgendwo die Frage aufgeworfen, ob vielleicht die **Unterernährung** der 75 – 80% der Weltbevölkerung im Süden ursächlich zusammenhängt mit dem **Überkonsum** der 20% Menschen in den Ländern des Nordens. Die Ernährungssituation der reichen Länder und Klassen wird als unabhängig betrachtet von der Ernährungssituation in den armen Ländern, Klassen und Gruppen. Die Tatsache, dass es dort keine Nahrungssicherheit gibt, wird der Unterentwicklung, der Überbevölkerung und dem mangelnden Wirtschaftswachstum zugeschrieben.

- Diese Situation hat sich bis heute nicht geändert. Damit sind wir bei einer entscheidenden Frage, nämlich der, warum bei einer Welt voll Nahrung die Mehrheit der Menschen unterernährt ist und hungert. Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns das gesamte globale kapitalistische Wirtschaftssystem ansehen, in dem Nahrung nur als Ware produziert, verarbeitet und gehandelt wird. Dieses Wirtschaftssystem wurde damals durch die neoliberalen „Reformen“ verschärft. Sie fußten auf den Prinzipien „Globalisieren, Liberalisieren (Deregulieren), Privatisieren und Durchsetzung universaler Konkurrenz (GLPK)“. Bei dem Welternährungsgipfel in Rom ging es darum, diese Prinzipien auch für den Agrarsektor durchzusetzen. Von dieser neoliberalen neuen Wirtschaftspolitik war jedoch in den FAO-Papieren nichts zu finden, viel weniger noch von einer Kritik dieser Freihandelspolitik in Bezug auf Ernährungssicherheit. Im Gegenteil, die Liberalisierung des weltweiten Agrar- und Nahrungshandels wurde als wichtigstes Mittel zur Beseitigung des Hungers alle gepriesen. Der Weg zu diesem Ziel wurde als evolutionärer Prozess angesehen, in dem die armen Länder durch „nachholende Entwicklung“ und globalen Freihandel den Status der Nahrungssituation und den Lebensstil der reichen Länder erreichen würden, wobei die ökologischen, sozialen und kulturellen Folgen dieser Politik nicht hinterfragt wurden..

Dieser neoliberale Ansatz ignorierte die tatsächliche Struktur der Weltwirtschaft. Er musste notwendiger Weise zu größeren **Polarisierungen** zwischen Regionen, Ländern, Klassen, Metropolen, Peripherien und den beiden Geschlechtern führen. Das heißt, die einen wachsen **auf Kosten** der anderen, die einen konsumieren zu viel auf Kosten jener, für die es dann nicht mehr reicht. Diese Struktur der globalen Freien Marktwirtschaft wird aufrecht erhalten durch den Zwang zwischen ökonomisch Starken und Schwachen und durch ungleiche Tauschverhältnisse. Und durch Kriege.

Was mir bei Durchsicht der FAO-Papiere aber besonders auffiel, war die praktische Abwesenheit **der** Gruppe, die weltweit seit Urzeiten für die tägliche Ernährung der Menschen gesorgt hat, **die Frauen**.

Frauen, seit eh und je die Garantinnen für Nahrungssicherheit

Die Frauenpolitik des WEG, beschränkte sich lediglich auf gleiche Teilnahme von Frauen an allen Entscheidungsprozessen. Eine solche Gleichstellungspolitik ignoriert die Tatsache, dass Frauen schon immer die wichtigsten Garantinnen für Nahrungssicherheit waren und sind. Sie sind die Nahrung für alle in ihrem Körper heranwachsenden Menschenkinder, und wenn diese geboren sind, **produzieren** sie die erste Nahrung für sie. Diese Tatsache wird freilich bis heute verdrängt und verdunkelt dadurch, dass der Zusammenhang zwischen Gebären und Nähren durch die moderne Reproduktions- und Baby-Nahrungsindustrie zerrissen und den Frauen aus der Hand genommen wird. Das bedeutet, dass die Nahrung, die jede gesunde Frau selbst für ihr Baby produziert, entwertet und durch teure Handelswaren ersetzt wird. Das Motto: Von der Subsistenz zum Markt! Diese neue gekaufte Babynahrung kann aber niemals Nahrungssicherheit für alle Babies garantieren, denn die Kaufkraft, sie zu erwerben, ist höchstens bei einkommensstarken Gruppen und Klassen vorhanden.

Doch auch in Bezug auf die Beschaffung des „täglichen Brotes“ haben Frauen seit frühesten Zeiten bis heute dafür gesorgt, dass ihre Familien und Gemeinden stets etwas zu essen hatten. Entgegen dem Mythos vom Mann als Jäger, Ernährer und Brotverdiener ist nachgewiesen, dass in früheren und in heutigen Sammler- und Järgergesellschaften bis zu 80 Prozent der täglichen Nahrung aus der Tätigkeit der Frauen stammt und dass die Männer nur einen geringen Beitrag zum täglichen Brot leisten.

Die Nahrungssicherheit für die meisten Menschen hängt mehr von der Arbeit der Frauen als der der Männer ab. In Afrika verrichten Frauen 80% der landwirtschaftlichen Subsistenzarbeit, die der direkten Selbstversorgung dient. Die Männer arbeiten bevorzugt in export- und marktbezogenen Bereichen. Auch in Asien ist der Anteil der Frauenarbeit an der direkten Nahrungsproduktion sehr hoch. Er soll 50 – 60% betragen.

Alle Bemühungen der Frauen um die Erhaltung gesunder und guter Nahrung kann jedoch den fehlenden Nährwert der industriell hergestellten „Lebens“-Mittel nicht ersetzen. Die Frauen können dem Essen nicht wieder hinzufügen, was der „Fortschritt“ in der Produktion von Industrienahrungsmitteln den ursprünglichen pflanzlichen und tierischen Produkten und Organismen entzogen hat. Elisabeth Meyer-Renschhausen hat diesen Verarmungsprozess am Beispiel der Entwicklung vom Brei zum Brot aufgezeigt

Diese Unsichtbarmachung der Frauenarbeit bei der Nahrungssicherheit ist aber nicht das Resultat irgendeines männlichen Sadismus sondern eine strukturelle Notwendigkeit einer auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Wirtschaft. Hausarbeit als Modell der modernen Frauenarbeit wird nicht als Arbeit definiert sondern gilt als Ausdruck der weiblichen Anatomie und „Liebe“. Sie ist zeitlich unbegrenzt, scheint in Fülle vorhanden, wie Luft und Sonne, gilt den Ökonomen als „freies Gut“, oder als Naturressource, das Mann und Kapitalisten sich einfach aneignen können. Diese unbezahlte und unbezahlbare „Arbeit aus Liebe“ ist, zusammen mit der Subsistenzarbeit der Bauern nach unserer Analyse jedoch das eigentliche Geheimnis der fortgesetzten Akkumulation von Kapital.

Bis vor kurzem waren es noch die Regierungen, die die Verantwortung dafür hatten, dass die Bevölkerung Zugang zu erschwinglicher Nahrung hatte. Ziel der meisten Regierungen war „self-sufficiency in food“, also Selbstversorgung, was die Grundnahrung der Bevölkerung betrifft. Im Entwurf für den Weltaktionsplan, der auf dem WEG abgestimmt wurde dieses Ziel der self-sufficiency jedoch aufgegeben und durch die Liberalisierung und Globalisierung des Agrar- und Nahrungsmarktes ersetzt. Die letzten Nischen von Subsistenzproduktion in marginalen Regionen sollten in den internationalen „Freien Markt“ integriert werden. Die FAO übernahm unkritisch das Paradigma des liberalisierten und globalisierten Agrar- und Nahrungsmittelmarktes. Die Frage stellt sich, ob Nahrungssicherheit für alle, innerhalb dieses Rahmens überhaupt zu realisieren ist. Wie war es zu dieser neuen Politik gekommen?

Globalisierung und Liberalisierung des Weltagrar- und Nahrungshandels, regionale Handelsblöcke und ihre Folgen für Ernährungssicherheit.

Die historische Übersicht über die Entwicklung der globalen Agrar- und Nahrungspolitik, die seit 1969 verfolgt wurde, zeigt einen deutlichen Wandel in der Strategie zur Erreichung von Nahrungssicherheit auf. In den 60er Jahren verfolgten die meisten Länder des Südens noch eine Politik der Selbstversorgung. Die Selbstversorgungsrate bei Getreide betrug noch 96% - In den 70er Jahren fand ein massiver Getreideimport aus Nordamerika in viele Länder Asiens und Afrikas statt. Vor allem die USA suchten so ihre Getreideüberschüsse, die sie durch hohen Einsatz von Chemie und Erdöl erwirtschaftet hatten, profitabel abzusetzen. Zwischen 1969 – 71 verdreifachten sich die Getreideimporte der Entwicklungsländer und ihre Selbstversorgungsrate sank bis 1981 auf 91%. Zunehmend wurden die Entwicklungsländer zu Netto-Importeuren von Getreide aus den USA, Australien und Europa, die auf diese Weise einen lukrativen Markt für ihre industrialisierte und kapitalintensive Landwirtschaft schufen.

Für die Entwicklungsländer führte diese Importpolitik dazu, dass die einheimischen Kleinbauern nicht mehr mit dem billigen Importgetreide konkurrieren konnten. Sie mußten die Landwirtschaft aufgeben und das Land verlassen Dieses Dumping von Getreideüberschüssen aus den USA und Europa hat Millionen von Bauernexistenzen ruiniert.

Zum anderen führte diese Politik zu einem stets wachsenden Schuldenberg, den die meisten Länder des Südens bis heute nicht abgetragen haben. Viele wandten sich in ihrer Not an die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF). Diese jedoch verordneten ihnen als Medizin die berühmt berüchtigten Strukturanpassungsprogramme (SAPs), um die Wirtschaft dieser Länder wieder zu sanieren. Sprich: für den globalen, kapitalistischen Markt zu öffnen. Zu diesen SAPs gehört u.a. eine Entwertung der Währung, der Abbau staatlicher Subventionen für die Landwirtschaft, die staatliche Verantwortung für den Sozialbereich, vor allem für Gesundheit und Bildung, - alles Maßnahmen, die insbesondere arme Frauen und ihren Kindern zugute kamen. Gleichzeitig wurden die Regierungen unter Druck gesetzt, jede Art von Protektionismus aufzugeben und ihre Wirtschaften zu öffnen für das freie Schalten und Walten multinationaler Konzerne und des globalen Finanzmarkts. Das bedeutete und bedeutet für zahllose Kleinindustrien – wie etwa in Indien die Handweber, die bislang vor internationaler Konkurrenz geschützt waren, den Ruin. Ferner bedeuten die Bedingungen der Weltbank, die Konditionalitäten der SAPs, dass der Staat sich zunehmend aus der Wirtschaft zurückzieht. Staatsbetriebe wurden privatisiert und allgemein wurde die Markt- und Exportorientierung und die Liberalisierung des Handels gefördert.

GATT, WTO, Regionale Handelsblöcke und Nahrungssicherheit

1986 wurde diese Politik der Globalisierung, Liberalisierung und Privatisierung, durch das **General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)** – also das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen, weltweit auch auf den Agrarsektor ausgedehnt.

Nach dem Abschluss der GATT-Verhandlungen wurde das ganze neoliberale Regelwerk im Januar 1995 in die World Trade Organisation (WTO) überführt. Diese sollte darüber wachen, dass diese Freihandelspolitik weltweit eingehalten wurde. Die FAO wollte damals ausdrücklich Nahrungssicherheit durch globalen Freihandel im Agrarsektor erreichen. Wir Frauen hielten das für einen Holzweg. Wie sollten ausgerechnet die, die den Hunger in der Welt verursacht hatten, die großen transnationalen Agrar- und Lebensmittelkonzerne nun den Hunger in der Welt beseitigen? Hieß das nicht den Bock zum Gärtner machen?

Dazu folgende These:

Universale Nahrungssicherheit ist unmöglich in einer globalen Marktökonomie, die auf der weltweiten Liberalisierung und Deregulierung des Agrar- und Lebensmittelhandels und auf den neoliberalen Dogmen der komparativen Kostenvorteile, der universalen Konkurrenz, der Profitmaximierung und auf der Politik des permanenten Wirtschaftswachstums beruht.

Wenn Frauen und Männer, im Norden wie im Süden, Nahrungssicherheit für alle, und zwar in einem qualitativen wie in einem quantitativen Sinn erhalten und fördern wollen, dann müssen sie die Politik der Globalisierung und Liberalisierung der Agrarmärkte, die Politik der Industrialisierung der Nahrungsproduktion zurückweisen.

Nahrungssicherheit für alle kann nur dann gewährleistet werden, wenn Menschen sich im Rahmen lokaler und regionaler Ökonomien sowohl als ProduzentInnen wie als KonsumentInnen verantwortlich fühlen für die Erhaltung und Regenerierbarkeit des Landes, des Wassers und anderer vitaler Ressourcen. Sie müssen sich um Quantität, Qualität, Verteilung und Konsum von Nahrung kümmern. Wo Subsistenz und Selbstversorgung und nicht Profitmaximierung und Wirtschaftswachstum Hauptziel des Wirtschaftens sind, werden die Menschen selbst die ökologische und kulturelle Vielfalt und damit Nahrungssicherheit für alle erhalten. Dazu ist es notwendig, die Existenz der Kleinbauern und der Frauen zu sichern. Doch auch das Konsumverhalten der Bevölkerung muss verändert werden.

Zwangskonsum

Wir stehen heute vor der Situation, dass unser Interesse an ausreichender, guter und gesunder Nahrung von den politisch „Verantwortlichen“ nicht mehr geschützt wird.. Die wirtschaftlichen und politischen Strukturen sind so, dass wir alle, ob im Norden oder Süden zu **Zwangs-sonsumentInnen** gemacht werden. Wir **müssen** essen, was die multinationalen Konzerne in die Supermärkte und auf unseren Tisch bringen.

Einen politischen Einfluss auf die Entscheidungen der EU oder der WTO haben wir nicht. Eine andere Nahrung zu kaufen, die naturbelassen ist und aus dem eigenen Land, der eigenen Region stammt, gibt es fast nicht. Auf dem WEG in Rom forderte die weltweite Kleinbauern Organisation, Via Campesina, **Selbstbestimmung** und **Nahrungssouveränität**, für alle Kleinbauern in allen Ländern. Vergebens.

Essen aus dem Gen-Labor

Diese Situation des Zwangskonsums wird noch deutlicher, wenn man die Debatten und Entscheidungsprozesse um die Gentechnik in der Landwirtschaft Die Gentechnik in der Landwirtschaft wurde und wird als die Zukunftstechnologie zur Lösung des Hungerproblems in der Dritten Welt propagiert. Denn die Gentechnik gilt als die Technologie, die wie keine andere die Produktivität in der Landwirtschaft fördern soll. Grundsätzlich ist jedoch zu sagen, dass Hunger und Unterernährung keine Folge eines technologischen Rückstandes sind, sondern auf einer Natur- und Menschen ausbeutenden kolonialen und patriarchalen Sicht von Wirtschaft beruhen, die die einen beraubt, damit die anderen akkumulieren können (s.o.). Aus unserer Analyse folgerten wir in Rom.

Es gibt eine Alternative

Nahrungssicherheit, wie sie die FAO auf dem Welternährungsgipfel in Rom anstrebte, ist im Rahmen der neoliberalen Welthandelsordnung nicht zu erreichen. Dazu formulierte ich einige grundlegende Thesen. Sie wurden ergänzt durch Berichte von Frauen aus der ganzen Weltweitweit, die forderten: NAHRUNGSSICHERHEIT MUSS IN DER HAND VON FRAUEN BLEIBEN! Unsere Forderungen waren:

- **Keine Nahrungssicherheit ohne Selbstversorgung und Kontrolle über eigene Ressourcen.**

Alle, die sich mit „Food-Security“ befassen, sind sich darüber einig, dass das „Recht auf Nahrung“ ein Menschenrecht ist, das dem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit entspringt.

Ohne Nahrung kein Leben. Jedes Gemeinwesen hat daher die Pflicht, Nahrungssicherheit für alle seine Mitglieder herzustellen.

Ein „Menschenrecht auf Nahrung“ bleibt jedoch ein hohles Papierpostulat, wie so manche Menschenrechte, wenn es nicht auf ökonomischen, politischen und sozialen Bedingungen beruht, die seine Umsetzung möglich machen. Seit eh und je wurde die Nahrung in jeder geographischen Region der Erde von den dort lebenden Menschen und ihren Gemeinschaften **produziert** und hing nicht von multinationalen Konzernen ab. **Selbstversorgung** war bis vor kurzem das wichtigste Ziel aller Regierungen. Nur wenn dieses Ziel im Norden wie im Süden angestrebt wird, kann Hunger und Unterernährung vor allem von Frauen und Kindern und die Vernichtung von Kleinbauern verhindert werden.

Nahrungssicherheit kann daher nicht durch profitorientierte Transnationale Konzerne und einen globalen, liberalisierten, deregulierten Agrarmarkt her-

gestellt werden, sondern nur durch dezentrale Ernährungssysteme unter der Kontrolle lokaler Gemeinschaften.

Das bedeutet, der Agrarsektor muss aus dem Paket der GATT/WTO-Bestimmungen herausgenommen werden. Statt Globalisierung ist der Aufbau regionaler und lokaler Wirtschaften für die Produktion, die Vermarktung und den Konsum von Nahrung anzustreben..

- **Nahrungssicherheit und Nahrungssouveränität auf der Basis lokaler bzw. regionaler Wirtschaften setzt voraus, dass die wichtigsten Ressourcen in der Hand lokaler Bauern, Gemeinschaften und Völker bleiben; Land, Wasser, Artenvielfalt, Saatgut usw. dürfen nicht privaten Interessen ausgeliefert werden. Vor allem, noch bestehendes Gemeineigentum darf nicht weiter privatisiert werden.**

Entfremdung von Land für die Produktion von Exportprodukten für den Weltmarkt muss gestoppt zumindest drastisch reduziert werden. Keine lokale Nahrungssicherheit ohne Sicherheit des Landes für die Bauern. Land muss weit mehr als bisher auch in der Hand von Frauen sein, die sowieso die meiste Arbeit in der unmittelbaren Nahrungsproduktion leisten.

- **Keine langfristige Nahrungssicherheit ohne ökologischen (nachhaltigen) Ackerbau.**

Statt Monokultur und Exportorientierung, basierend auf hohen Inputs externer Ressourcen (chemischem Dünger, Pestiziden, Biotechnologie) Förderung der biologischen und kulturellen Diversität, der lokalen Symbiosen, der sich selbst regulierenden Systeme in der Hand lokaler Frauen und Bauern. Auf der Weltfrauenkonferenz in Beijing 1995 forderten die Frauen, die die Globalisierung kritisierten, die Verteidigung und Rückkehr zur Subsistenzwirtschaft, d.h. die Produktion für den eigenen Bedarf muss im Vordergrund stehen. Produzentinnen und Konsumentinnen müssen wieder miteinander in Kontakt treten können. Das kann durch Direktvermarktung und durch Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften geschehen.

- **Eine Wirtschaft, in der die Frauen dafür sorgen müssen, dass auch im Krieg und in Krisenzeiten immer was auf dem Tisch ist, die Männer aber weiter ihren technischen Kriegs- und Machtspielen nachgehen und an einem aggressiven und expansiven Wirtschaftsmodell ewigen Wachstums festhalten, ist nicht geeignet, Nahrungssicherheit für alle herzustellen. Männer müssen sich zu gleichen Teilen an der unbezahlten und bezahlten Arbeit zur Sicherung der Subsistenz, zur Erhaltung und Regeneration des Lebens beteiligen. Dazu ist freilich erforderlich, dass Männer sich aktiv gegen eine immer brutaler auftretende „Ramboisierung“ des Männerbildes wehren.**

Diese Ramboisierung der Männer ist m.E. nicht nur ein Grund für die zunehmende Rechtsradikalisierung junger Männer, sondern auch für ihre zunehmende Bereitschaft, Kriege wieder als normal anzusehen. Auch die neuen Kriege zerstören in vielen Ländern die Nahrungssicherheit. Das gibt sogar die FAO zu...

- **Wenn Männer im Norden, die sich noch ein Stück gesunden Menschenverstand und Zivilcourage bewahrt haben, eine solche Entwicklung nicht wollen, müssen sie eine Bewegung gegen diese Ramboisierung starten und mit den Frauen gegen diesen Krieg gegen Menschen und die Natur aufstehen.**
- **Zusammenführung von Produktion und Konsum geschieht gerade nicht durch die Globalisierungs- und Liberalisierungspolitik, sondern nur dann, wenn Arbeit auf dem Land und in der unmittelbaren Nahrungsproduktion wieder ökonomisch und vor allem kulturell aufgewertet wird. Das setzt voraus, dass die städtischen KonsumentInnen die Nahrungsproduktion und Ver-**

arbeitung wieder als Teil ihrer regionalen oder lokalen Kultur d.h. als wertvoll begreifen, die sie sich nicht wegnehmen lassen. Nahrung ist eben mehr als Kalorienzufuhr; sie strukturiert das gesamte gesellschaftliche, kulturelle, spirituelle Leben.

- **In einer anderen Wirtschaft und Gesellschaft muss sich daher auch das Konsumverhalten ändern. Das „gute Leben“ bedeutet nicht Konsumverzicht, sondern Konsumbefreiung.**

In einer Zeit, in der die Spaltung zwischen Natur und Kultur, Materie und Geist schärfer ist als je zuvor, wo die Maschinen, die biologischen wie die elektronischen Maschinen höher geschätzt werden als unser lebendiger Zusammenhang mit der organischen Natur in und um uns, erscheint Nahrung als wertlose Nebensache. Ihr Preis ist immer stärker gesunken und wir beginnen zu vergessen, dass man von „virtuellem Essen“ und Geld nicht leben kann. Diese Entwertung alles organisch Kreatürlichen und aller Arbeit, die damit zusammenhängt, also der Landarbeit und Frauenarbeit und die Hochschätzung alles dessen, was Geld einbringt muss beendet werden.

Nahrungssicherheit kann auch dadurch gefördert werden, dass wieder weit mehr als bisher Nahrung auch in Städten angebaut wird. Bereits jetzt wird ein großer Teil der Nahrung in Städten des Südens, in Gärten, Hinterhöfen, auf Dächern, neben der Straße angebaut – meist von Frauen. Auch in den USA haben Frauen, meist schwarze, angefangen, in den heruntergekommenen de-industrialisierten Städten wie Detroit Gärten anzulegen, um Gemüse für sich und die Nachbarschaften an zu pflanzen. Diese Bewegung des „urban-gardening“ ist gleichzeitig eine Bewegung zur Regenerierung der lokalen Gemeinschaften. Die oft drogenabhängigen Jugendlichen finden es interessant und sinnvoll, in diesen Gärten mitzuarbeiten. Kinder lieben diese Gärtnerei. Die Alten können dort ihr Wissen an Jüngere weitergeben.

In Europa müssten Frauen und Männer weit aktiver als bisher dagegen kämpfen, dass ihr Grundrecht auf Nahrungssicherheit und Nahrungssouveränität nicht durch Agrar-Multis, Gentechnik und eine nicht mehr demokratisch zu kontrollierende Eurokratie ausgehöhlt wird. Die Frage der Nahrungssicherheit berührt die Grundlagen der Demokratie. Daher fordern wir:

- **Kein Essen aus dem Gen-Labor!**
- **Kein Patent auf Leben!**
- **Nein zur „Novel-Food“ – Verordnung!**
- **Wir haben ein Recht darauf zu wissen, was wir essen!**
- **Nahrungssicherheit muss in der Hand von lokalen Bauern, Frauen und ihren Gemeinschaften bleiben!**
- **Wir werden Widerstand leisten gegen die, die uns zwingen wollen, mit Methoden und Techniken zu produzieren und zu konsumieren, die uns selbst und die Natur zerstören.**

Alte Böcke als neue Gärtner

Anmerkungen zum neuen Weltagrарbericht (IAASTD)¹

Als ich auf dem Hintergrund unserer Analyse des Welternährungsgipfels in Rom im Jahre 1996 den neuen Weltagrарbericht (WAB) von 2008 las, konnte ich meinen Augen nicht trauen. Die selben Institutionen, die selben Organisationen, die selben Konzerne, die 1996 den globalen Freihandel in der Landwirtschaft durchgesetzt hatten: die Weltbank, die FAO, die WTO und andere UNO- Organisationen wie Unep, Unesco und Transnationale Konzerne wie Syngenta, Monsanto, Bayer und andere Agrarkonzerne sind heute die Autoren des neuen Weltagrарberichts. Hinzu kommen noch zahllose NGOs als Mitverfasser.

Auf dem Ernährungsgipfel von 1996 wurde gesagt, 800 Millionen Menschen seien von Hunger und Unterernährung betroffen. Diese Zahl sollte bis 2015 zumindest halbiert werden. Die Verfasser des heutigen Weltagrарberichts müssen zugeben, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde. Heute leiden eine Milliarde Menschen an Hunger. Doch das scheint die Verfasser des WAB nicht weiter zu stören. Sie haben ein kurzes Gedächtnis. Sie geben nicht zu, dass ihre Freihandelspolitik den Anstieg des Hungers in der Welt verursacht hat. Sie machen weiter wie bisher und machen der Welt weis, sie seien doch so besorgt um den Hunger in der Welt und ihr neuer Weltagrарbericht bedeute nun eine ganz neue globale Strategie im Kampf gegen Unterernährung, Hunger, Klimawandel, ökologische Zerstörung, Vernichtung der Kleinbauern in den armen Ländern, und allgemein der weiteren Verarmung der Bevölkerung.

Um diese Übel endgültig aus der Welt zu schaffen, erscheinen am Schluss dieses WAB eine ganze Latte von Handlungsanweisungen, die denen, die die frühere Geschichte der Weltagrарpolitik nicht kennen, als geradezu „revolutionär“ erscheinen. Der neue WAB wird vielen Medien, von vielen NGOs, aber auch von vielen Menschen, die über den Zustand in der Welt, insbesondere über den Skandal, dass in einer Welt voll von Nahrung so viele Menschen hungern, zutiefst besorgt sind, als *die Lösung* angesehen. Manche reden sogar von einem „radikalen Wandel“ der Welternährungspolitik. Benny Haerlin, einer der Koordinatoren des WAB, meint, dass für diejenigen, die die Weltbank, den IMF, die FAO die WTO und die Agrarkonzerne bisher kritisiert hatten, die neue Sprachregelung geradezu „revolutionär“, sein müsse.

Ich kann nichts Revolutionäres an diesem Bericht finden. Wenn ich mir die Organisationen, Institutionen, Finanzierer und Interessengruppen ansehe, die den WAB initiiert und finanziert haben, und den ganzen Prozeß gesteuert haben, dann werde ich misstrauisch:

Die Weltbank, die so viele Länder in die Armut getrieben hat, hat den WAB mit 12 Millionen US-Dollar finanziert. Robert T. Watson von der Weltbank war der Koordinator der Verhandlungen. Sie fanden im Rahmen der FAO statt. Große Agrar- und Lebensmittelkonzerne saßen mit am Verhandlungstisch, zusammen mit berühmten NGOs und Regierungsvertretern.

Ich kann die Begeisterung so vieler Menschen über diesen Weltagrарbericht nicht teilen. Meiner Meinung nach ist er „just the same“ wie frühere solcher Berichte: Es wird viel versprochen und nichts wird eingehalten. Die Strategie, die diese angeblich neue Weltagrарpolitik verfolgt, ist nur eine Neuauflage der alten.

Was jedoch anders ist, ist die neue Sprachregelung. Begriffe die bisher nur in den Forderungen von Kritikern der kapitalistischen, globalen Agrарpolitik benutzt wurden, tauchen plötzlich auf Schritt und Tritt in dem WAB auf. So als hätten die Autoren des Berichts sie gerade frisch erfunden hätten. Alle diese Begriffe sind nun mit einer Aura der Hoffnung, eines wirklichen Neuanfangs umgeben. Es sind Wörter wie „Nahrungssouveränität“, Selbstversorgung, sogar Subsistenz – ein Begriff, der bisher total tabuisiert war - lokale und regionale Nah-

¹ IAASTD heißt: International Assessment of Agricultural Science and Technology

rungsproduktion, Schutz der Natur, des Wassers, des Bodens, Erhalt der biologischen Vielfalt auf unserer Erde und viele andere positiv besetzte Begriffe.

Vor allem wundert mich, dass die Autoren des Berichts heute ihre ganze Hoffnung auf die Kleinbauern in den armen Ländern richten. Diese seien doch so viel produktiver als die industrialisierten Agrarfabriken. Sie trügen ja so viel mehr zur Wertschöpfung als jene. Die Kleinbauern müssten unbedingt gefördert werden.,

Es verschlug mir jedoch den Atem, als ich las, die neue Agrarstrategie müsse weit mehr als bisher die Frauen auf dem Lande beachten. Denn wie die Kleinbauern seien diese doch so viel produktiver als die ländlichen Großbetriebe.. Welch ein Fortschritt! Weltbank und Co sind jetzt schon da angekommen, wo wir Feministinnen seit den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts schon waren, nämlich bei der Erkenntnis, Frauenarbeit die optimale Arbeitskraft fürs Kapital ist, weil sie so gut wie nichts kostet. Doch heute wird offen betont, diese Arbeit sei für die Wertschöpfung absolut notwendig. Wen wundert das? In diesen Zusammenhang gehört auch die Propagierung der Mikrokredite, die angeblich von Herrn Yunus zur Behebung der Frauenarmut erfunden wurden (s. Farida Akhter in diesem Heft).

Woher kommt dieser „Sinneswandel“ der „alten Böcke“?

Die Herausgeber des WAB haben offensichtlich erkannt, dass ihre frühere Politik gescheitert ist. Veronika Bennholdt zeigt in ihrem Beitrag auf (S), dass die „Investition in die Armen“ keineswegs eine neue Strategie des internationalen Kapitals ist. Sie analysiert auch, warum es gerade jetzt notwendig ist, sie jetzt erneut aufzulegen und warum so viele Menschen auf diesen Bluff hereinfliegen.

Meines Erachtens ist der Grund für die „Wiederentdeckung“ der wichtigsten Produzentinnen und Produzenten von Nahrung nämlich der Frauen und Kleinbauern die heutige Finanz- und Wirtschaftskrise ist. Jetzt wird deutlich, dass Geld die Leute nicht satt macht. Hunger und Armut sind längst nicht mehr nur ein Spezifikum der Dritten Welt. Sie sind in die reichen Länder zurückgekehrt.

Wie wir in dieser Nummer der Infobriefe zu zeigen versuchen, reagieren die „Beraubten dieser Erde“ nicht nur mit Resignation auf diese neue Situation. Sie wehren sich, sie leisten Widerstand, sie machen Hungeraufstände, sie streiken in armen und reichen Ländern, wie z.B. die Milchbauern in der EU, sie nehmen sich zurück, was ihnen gestohlen und in Kapital verwandelt wurde.

Und sie bleiben nicht bei bloßem Protest und Widerstand stehen. Sie warten nicht mehr auf Lösungen von „denen da oben“ sondern haben schon selbst angefangen eine bessere Welt, ein neues Gutes Leben für Kinder, Frauen, Männer und alle Lebewesen auf diesem Planeten aufzubauen. Farida Akhter berichtet in dieser Nummer, wie eine neue Bauernbewegungen in Bangladesh schon angefangen hat, dieses neue „gute Leben“ für alle zu schaffen.

Doch dieser Widerstand und die Suche nach dem „Guten Leben“ beschränkt sich nicht nur auf die Länder des Südens. Sondern taucht auch an vielen Stellen Europas und der Vereinigten Staaten auf. Das wird z. B. Deutlich an den Protesten gegen den „Krieg ohne Grenzen“ z.B. in Afghanistan, aber auch in den Studentenbewegungen in Deutschland, Österreich und anderen Ländern. Selbst wenn dieser Protest zunächst nur noch auf konkrete Forderungen wie bessere Studienbedingungen gerichtet ist, so wird mehr und mehr deutlich, dass die Lösung dieser Probleme nicht mehr im Rahmen des herrschenden kapitalistischen, patriarchalen Systems möglich ist. Wir hoffen, dass diese Nummer einen Beitrag liefert, die Frage, „...und wo bleibt das gute Leben?“ zu beantworten.

